



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Per Mail: info.paam@seco.admin.ch

Bern, 10. August 2020

Änderung des Entsendegesetzes Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Änderung des Entsendegesetzes Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Die vorliegenden Änderungen zum Entsendegesetz haben zum Ziel, Entsendebetriebe zur Einhaltung von minimalen Lohnbedingungen zu verpflichten, sofern sie unter den Anwendungsbereich eines kantonalen Mindestlohngesetzes fallen. Der Städteverband begrüsst diese Änderungen. Damit werden Erwerbstätige vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen besser geschützt und das im Freizügigkeitsabkommen verankerte Nichtdiskriminierungsgebot umgesetzt. Die Einhaltung der Lohnbedingungen soll durch die Kantone kontrolliert werden, was die Mehrheit der Mitglieder unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband